

**Anarchosyndikalistische  
Plugschriftenreihe** Heft 310

**Schwarze Protokolle**

# Zur Kritik der Ideologie des Staatssozialismus



**Bemerkungen zu Eugen Varga:  
Die wirtschaftlichen Probleme  
der proletarischen Diktatur**

**Kostenlos --- Spende erwünscht**



# Zur Kritik der Ideologie des Staatssozialismus

**Bemerkungen zu Eugen Varga:  
Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur**

## **Inhalt**

- Die revolutionäre Habgier der Arbeiter
- Das Dilemma der Kapitalisten und die Pflicht der Sozialdemokraten
- Das Ideal der Proletarierherrschaft
- Die armen Bauern

## **VORWORT**

Die ungarische Räterepublik (21. 3. - 1. 8. 1919)

"Wir müssen eine neue Richtung einschlagen, damit wir vom Osten das bekommen sollen, was der Westen uns verweigert hat. Wir müssen uns in den Zug der Ereignisse einschalten... Wir müssen uns daher auf den Standpunkt stellen, dass wir eine sozialistische Regierung bilden und die Diktatur des Proletariats ausrufen. Das ist die neue Richtlinie unserer Politik. Mit neuen Mitteln, mit neuen Methoden wollen wir in den Kampf ziehen." 1

Alexander Garbai, Sozialdemokrat, am 21. 3. 1919 vor dem Arbeiterrat in Budapest.

Garbai wurde Präsident der Räterepublik. Ein knappes halbes Jahr nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch der Donaumonarchie und der Ausrufung der Republik erklärte die Koalitionsregierung aus bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten unter Ministerpräsident Karolyi ihre Politik für gescheitert.

Das Problem der Umstellung der Kriegsindustrie auf Friedensproduktion war nicht gelöst worden, die Produktion war erheblich zurückgegangen, zahlreiche Fabriken von deren Besitzern stillgelegt. Die Appelle der an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten zur Mäßigung bei Lohnforderungen beschleunigten nur den Autoritätsverlust der

SDP bei den Arbeitern. Zu Beginn des Jahres, 1919 gingen lokale Arbeiterräte dazu über, Fabriken zu besetzen, falls Lohnforderungen abgelehnt oder mit der Schließung der Fabrik gedroht wurde. Zur gleichen Zeit wurde die Regierung, die sich nicht zu einer Bodenreform entschließen konnte, konfrontiert mit Aktionen der Landarbeiter, die ihre Gutsherren verjagten und sich den Boden zur privaten oder auch genossenschaftlichen Verfügung aneigneten.

Die Karolyi - Regierung sah in der wachsenden Unruhe und Selbsttätigkeit des Proletariats, in der Ausweitung revolutionärer Massenaktionen vor allem das Werk der Kommunistischen Partei, die sich am 21.11.1918, wenige Tage nach der Ausrufung der Republik, in Budapest konstituiert hatte. Die Initiative zu dieser Parteigründung war von der Gruppe der ungarischen Mitglieder der kommunistischen Partei Russlands ausgegangen (diese Gruppe bestand größtenteils aus früheren Sozialdemokraten Ungarns, die in russische Kriegsgefangenschaft geraten waren, an der russischen Revolution teilgenommen und sich den Bolschewiki angeschlossen hatten). Den Entschluss zur Parteigründung hatten die ungarischen Bolschewiki bereits in Moskau gefasst und Béla Kun, das führende Mitglied dieser Gruppe, konnte innerhalb weniger Tage nach seiner Ankunft in Budapest die linke Opposition in der ungarischen Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der Gründung der KP Ungarns überzeugen. Für die an der Karolyi - Regierung beteiligten Sozialdemokraten bedeutete die Existenz der KP eine wachsende Bedrohung ihrer Führungsrolle in der Arbeiterbewegung. Sie versuchte, die Kommunisten aus den Gewerkschaften und aus dem Budapester Arbeiterrat (der schon seit Anfang 1918 bestand) per Beschluss als „Spalter der Arbeiterklasse“ herauszudrängen; es gelang ihr nur vorübergehend.

Als es bei einer Demonstration vor dem Verlagshaus der SDP -Zeitung am 20.2.1919 zu blutigen Kämpfen mit der Polizei kam (bei deren mehrere Polizisten erschossen wurden), sah die SDP eine letzte Möglichkeit, den Einfluss der KP zu beseitigen: der größte Teil des ZKs der KP wurde verhaftet, die Sozialdemokraten riefen zu Protestdemonstrationen gegen die Kommunisten auf.

Die Rechnung der SDP ging nicht auf. Auf Massenkundgebungen wurde die Freilassung der gefangenen KP - Führer gefordert. Jakob Weltner, ein sozialdemokratischer Parteiführer beschrieb später:

"Die Stimmung der Massen legte die Einheitlichkeit der Führung der SDP lahm. All dies trug dazu bei, dass schon vor dem 21. 3. die Lage unhaltbar wurde. Die Eisen- und Metallarbeiter, die Druckereiarbeiter und das Gros der Arbeiter mehrerer anderer Gewerkschaften, weiter der größere Teil der bewaffneten Macht hatte sich offen zu den Kommunisten bekannt. Wir hatten also nur zwischen Bruderkrieg Vereinigung oder völligem Zurücktreten zu wählen" 2

Den letzten Anlass zum Zusammenbruch der Regierungskoalition gab ein außenpolitisches Ereignis: die Ententemächte forderten am 20.3.1919 ultimativ die Anerkennung einer Demarkationslinie, die weit in das ehemalige Territorium Ungarns hineinreichte, als endgültige Grenze Ungarns. Karolyi empfahl daraufhin die Auflösung

der Regierungskoalition und die Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung. Er begründete seinen Vorschlag folgendermaßen:

„Auch gegenüber den immer schärferen und rücksichtslosen Angriffen der Kommunisten könnte sich nur eine rein sozialistische Regierung halten ... Solch eine rein sozialistische Regierung würde nach meiner Ansicht auch die ganze Bürgerschaft freudig unterstützen in ihrer Arbeit, der Verteidigung des Landes gegen die imperialistischen Raubangriffe und der Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit.“<sup>3</sup>

Die SDP ging zum Schein auf den Vorschlag Karolyis ein, sie sah jedoch gar keine Möglichkeit mehr, ohne die KP Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, d. h. aber, sie sah selbst die Notwendigkeit, die bestehende Ordnung umzustürzen. Eine sozialdemokratische Delegation begab sich am 21. März in das Budapester Gefängnis und bot den dort inhaftierten Kommunisten die Teilhabe an der Staatsmacht nach Vereinigung beider Parteien auf der Plattform, die Béla Kun kurze Zeit vorher im Gefängnis ausgearbeitet hatte, an. Die Sozialdemokraten waren entschlossen, zusammen mit den Kommunisten die "neue Richtung der Politik" (Garbai) einzuschlagen: Das Bündnis mit Russland, die Einbeziehung der Räte in die Verwaltungs- und Herrschaftsorganisation des Landes und schließlich vor allem die Verstaatlichung, d. h. die Zentralisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in der Hand der Regierung. Sowohl dem verantwortungslosen Rückzug der Bourgeoisie als Produktionsorganisator als auch der unkontrollierten unmittelbaren Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiter sollte die adäquate Antwort zuteil werden.

Die KP-Führung willigte in das Angebot der SDP ein, wurde aus dem Gefängnis entlassen und zog am nächsten Tag in das Haus des „Revolutionsregierungsrats“ ein. „Die (vereinigte) Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die gesamte Macht. Die Diktatur des Proletariats wird durch die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ausgeübt.“ (aus dem Vereinigungsprotokoll 4)

Obwohl die Sozialdemokraten, die gestern noch Koalitionspartner der Karolyi - Regierung waren, die Mehrheit in der vereinigten "Ungarischen Sozialistischen Partei" bildeten, stellt der ungarische Weg zum Staatssozialismus in mehrfacher Beziehung eine Radikalisierung des zum Vorbild genommenen russischen Weges dar.

So wurde die Verstaatlichung der Betriebe, in denen mehr als 20 Arbeiter beschäftigt waren, in Ungarn bereits wenige Tage nach der Machtübernahme beschlossen. Vor allem aber wird der Unterschied in der Agrarpolitik deutlich. Während die Bolschewiki in Russland die sozialrevolutionäre Parole "das Land den Bauern" übernahmen, für die Verteidigung der Revolution durch die Bauern die Zerschlagung des Großgrundbesitzes in Kauf nahmen, entsprach die Agrarpolitik der ungarischen Räteregierung der linken Kritik am russischen Vorgehen. In Ungarn wurde der mittlere und der Großgrundbesitz verstaatlicht. Auf eine neutrale Haltung der Landarbeiter konnte die Räteregierung bei der Verstaatlichung des Großgrundbesitzes zwar noch rechnen - jedenfalls soweit die vom feudalen Gutsherrn ausgebeuteten landwirtschaftlichen Produzenten sich nicht

schon selbst unmittelbar den Boden angeeignet hatten. Die privaten Kleinbauern jedoch sahen in der neuen Staatsmacht ihren zukünftigen Expropriateur. Für sie war mit dieser Aktion der Räteregierung ein Signal gegeben: Mit der Verstaatlichung des Großgrundbesitzes war die Verfügungsgewalt über den Boden noch weiter vom Produzenten entfernt worden, die Stadt hatte sie dem Dorf genommen.

Die Räteregierung erzielte also eine gefährliche propagandistische Wirkung bei den Kleinbauern. Produzent und Eigentümer in einer Person, konnte er, im Unterschied zum Großgrundbesitzer, als Produzent reagieren, wo er sich als Eigentümer bedroht sah. Sein Boykott, seine Passivität war schon erbitterter Kampf.

Die erfolgreiche Durchsetzung ihrer radikalen staatssozialistischen Politik, also der kurze Weg zum Staatssozialismus, der den Umweg über die Verfügung über die Produktionsmittel durch die Produzenten meiden wollte, bedeutete den Verzicht auf die Kraft derjenigen, die mit der Revolution ihr eigenes Interesse verteidigt hätten.

Unter dem militärischen Druck der rumänischen Truppen, ohne die erhoffte Unterstützung Sowjetrusslands (Russland hatte zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit, eine gemeinsame Front mit Ungarn herzustellen) brach die Ungarische Räterepublik am 1. August 1919 zusammen. Der größte Teil des Revolutionsregierungsrats floh in Erwartung des weißen Terrors nach Wien.

Im Exil zieht Béla Kun rückblickend folgende Lehre aus dem Verlauf der Ungarischen Räterepublik:

"Meiner Meinung nach kann jede politische Veränderung in diesem Land nur Übergangscharakter haben. Niemand wird hier in der Lage sein zu regieren. Das Proletariat, das mit unserer Regierung unzufrieden war, das, trotz jeglicher Art von Agitation, nicht aufhörte, in seinen eigenen Fabriken „nieder mit der Diktatur des Proletariats" zu rufen, wird mit jeder zukünftigen Regierung noch unzufriedener sein ... Ich sehe jetzt, dass unser Versuch, die proletarischen Massen dieses Landes zu klassenbewussten Revolutionären zu erziehen, vergeblich gewesen ist. Dieses Proletariat braucht die inhumanste und grausamste Diktatur der Bourgeoisie, um revolutionär zu werden." 5

+++

Eugen Varga nimmt als linker Sozialdemokrat an der Regierung Béla Kun teil. Er bekleidet das Amt eines Volkskommissars für Finanzen, später das des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats. Nach dem Ende der Räterepublik flieht Varga nach Österreich. Während seiner Internierung auf Schloss Karlstein wird er Mitglied der KP Ungarns. 1920 geht er nach Moskau, leitet später als Angehöriger des Exekutivkomitees der Komintern deren Berliner Büro. 1927 übernimmt er die Leitung des Instituts für Weltwirtschaft in Moskau. Obwohl er seine Theorie mit der Parteilinie in Übereinstimmung zu bringen sucht, stößt sie schließlich auf offizielle Kritik. Varga verliert 1948 seine Stellungen Nach Stalins Tod wird er rehabilitiert. Er stirbt 1964. 6

Varga versteht seine frühe Schrift "Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur", die er im Jahre 1920 in der Internierung auf Schloss Karlstein abfasste, ausdrücklich nicht bloß als Analyse der ungarischen Ereignisse, sondern als Beitrag zur Lösung von Problemen, vor die sich seiner Meinung nach jede proletarische Diktatur gestellt sehen wird.

„Mein Zweck ist: die allgemeinen wirtschaftspolitischen Probleme jeder proletarischen Diktatur aufzurollen, die theoretisch möglichen Lösungen ins Auge zu fassen und sodann die realen Erfahrungen, welche wir in Ungarn mit unseren Lösungsversuchen gemacht haben, zu schildern.“

Wir wollen einen Eindruck von Vargas Schrift als einem frühen und freimütigen Zeugnis staatssozialistischer Herrschaftsideologie geben.

(Wir zitieren im folgenden nach der Ausgabe Wien 1920, Raubdruck. Gesperrt Gedrucktes ist von Varga, Unterstrichenes von uns hervorgehoben. Die eingeklammerten Ziffern nach den Zitaten bezeichnen die Seitenzahlen.)

## **DIE REVOLUTIONÄRE HABGIER DER ARBEITER**

"Ich glaube an den Fortgang der Revolution, denn der Kapitalismus ist ... unfähig, dem Proletariat jene reale Erhöhung des Standards zu verschaffen, welche allein geeignet wäre, den revolutionären Drang des Proletariats zu hemmen." (S. 7)

Die Situation vor der proletarischen Machtergreifung stellt Varga folgendermaßen dar: Die Arbeiter fordern die "reale Erhöhung des Standards", denn der Krieg hat ihnen einerseits eine Verschlechterung ihres Lebensstandards und andererseits ein verstärktes „soziales Selbstbewusstsein“ (S. 14) gebracht - sie sind nicht länger bereit, bei gleichbleibender Versorgung zu arbeiten. Und nicht allein die Wiederherstellung des Vorkriegsstandards verlangen die Arbeiter, sie fordern eine Erhöhung, die über das Vorkriegsniveau hinausgeht (mehr Konsumgüter und kürzere Arbeitszeit).

Revolutionär wird dieses Verlangen der Arbeiter durch die unüberwindlichen Schwierigkeiten, in die es die Bourgeoisie bringt. Die Kapitalisten können die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen und beschwören damit die revolutionäre Wendung herauf. Die Arbeiter werden revolutionär, indem sie Bedürfnisse entwickeln, die die Kapitalisten nicht mehr erfüllen können und damit die Ablösung der Kapitalisten durch „volkswirtschaftlich gebildete Sozialdemokraten“ (S. 66) auf die Tagesordnung setzen. Letztere haben ein neues Konzept („zentral-organisierte Wirtschaftsleitung“ (S. 15) ), mit dem - so versprechen sie - die Forderungen der Arbeiter eher realisiert werden könnten. Die Arbeiter schaffen das Problem, an dem die Kapitalisten scheitern - die Sozialdemokraten übernehmen die Lösung des Problems. Spätestens seit Beginn der proletarischen Diktatur nun sieht Varga den Ursprung der Arbeiterforderungen in ihrer "habgierig-egoistischen Gesinnung", darin, dass die Arbeiter "im kapitalistischen

Geist befangen" sind (S. 68). Folglich hat der Kapitalismus seine eigenen Totengräber positiv hervorgebracht: er erzeugt eine "kapitalistische, habgierig-egoistische Ideologie" (S. 8), die, sobald sie die Massen ergriff, die realen Kapitalisten in eine Krise stürzte. Der Kapitalismus wird durch die Habgier, die er selbst erzeugt, gestürzt. Über die Kapitalisten triumphiert aber dann eine Arbeiterschaft, die ihrerseits von kapitalistischen Strebungen regiert wird. Dies macht das Eingreifen der volkswirtschaftlich gebildeten Sozialdemokraten nötig.

Solange es die Kapitalisten sind, die den habgierigen Forderungen der Arbeiter gegenüberstehen, spricht Varga von „revolutionärem Drang“, der dem im Kriege gewachsenen "sozialen Selbstbewusstsein" entspringe. Nach der Ablösung der Kapitalisten sieht er die Wirkung des Krieges eher in der „Untergrabung der Moral“. (S. 55)

„Die allgemeine Seelenverfassung der Arbeiterschaft einzelner Betriebe oder ganzer Betriebszweige kann so verseucht sein, dass zu Zwangsmaßnahmen gegriffen werden muss.“ (S. 72)

Da die Forderungen und Kämpfe der Arbeiter nur durch den kapitalistischen Adressaten revolutionär wurden, werden sie mit dem Sturz der Kapitalisten auf ihren kapitalistisch-habgierigen Inhalt reduziert. D. h. aber, dass der Inhalt der Forderungen in Vargas Augen nie eines Kampfes wert, dass er nur Vorwand war, die Bourgeoisie in Verlegenheit zu setzen, nicht zu verwirklichender Zweck der Kämpfer.

Der eigentliche Sinn der Forderungen besteht für Varga nicht in der subjektiven Notwendigkeit des Proletariats, sie in Wirklichkeit umzusetzen, sondern in der objektiven Möglichkeit zum Sturz der Bourgeoisie, die ihnen innewohnt. Die Forderungen verlieren nach dem Sieg ihre formale Berechtigung als Druckmittel und der Kampf gegen die "Remanenz der Ideologie" (S. 70), die z. B. in den Forderungen zum Ausdruck kommt, wird zu einer Hauptaufgabe der proletarischen Diktatur. Jetzt, vom Beginn der proletarischen Diktatur an, werden die Arbeiter nicht mehr durch kapitalistische Habgier revolutionär, sondern durch proletarische Enthaltensamkeit („Nun setzt jede proletarische Herrschaft mit dem absoluten **V e r b o t d e s A l k o h o l s** ein“, S. 30). Die Arbeiter, deren Seelenverfassung vom Kapitalismus verseucht wurde - wodurch die Voraussetzungen der Revolution entstanden -, müssen zur Vollendung der Revolution auf den Pfad proletarischer Tugend geführt werden.

Als Ausdruck von "Remanenz der Ideologie", als prinzipiell bürgerlich bezeichnet Varga in der Regel jedes Verlangen nach Verfügung über Sachen. Jedes Streben nach Eigentum denunziert er als Streben nach Privateigentum, auch wenn es sich bei den Aneignern um die "Arbeiterschaft" eines ganzen Betriebes handelt:

"Vor allem müssen die Betriebe in den Besitz der **A l l g e m e i n h e i t d e r A r b e i t e n d e n** gelangen. Es muss daher vor allem verhindert werden, dass sich die Arbeiterschaft der einzelnen

Betriebe die Produktionsmittel als ihr Privateigentum aneigne ... „ (S. 43)

Obwohl auch von Varga nicht unterstellt wird, dass sich Arbeiter Produktionsmittel aneignen wollen, um andere Arbeiter auszubeuten, ist der Aneignungswille „kapitalistisch-habgierig“:

"Das leichtfertige Umgehen mit dem Staatsgut, mit dem enteigneten Vermögen der Bourgeoisie entspringt vor allem der kapitalistisch - habgierigen Gesinnung der ganzen Gesellschaft, deren Moral durch den langandauernden Krieg noch besonders untergraben wurde. Es spielt hierbei aber auch eine gewisse Unklarheit über die neuen Eigentumsverhältnisse mit. Die Proletarier, welche die enteigneten Betriebe verwalten, fallen nur zu leicht in den Glauben, dass die Betriebe ihr Eigentum sind, nicht jenes der ganzen Gemeinschaft. Dies macht eine gut funktionierende Kontrolle besonders wichtig, da es zugleich auch ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel ist." (S. 55)

"Gewisse Unklarheit" gibt es unter den Arbeitern auch in bezug auf die Arbeitsorganisation. Sie schleppen Forderungen weiter, die, sofern gegen die Bourgeoisie gerichtet, in ihrem desorganisierenden Charakter revolutionär waren, die aber gegenüber der „ganzen Gemeinschaft“ ihre Funktion verloren haben und, wo dennoch erhoben, rückständig sind. Die Kapitalisten hatten z.B. das Akkordlohnsystem als das der egoistisch - habgierigen Ideologie adäquate Lohnsystem eingeführt. Varga, als Vertreter der proletarischen Diktatur, hält die „Beibehaltung des Akkordlohnsystems“ für „absolut-notwendig“, „solange die egoistisch - habgierige Ideologie herrschend ist.“ (S. 32) Die Remanenz der Ideologie erfordert also, für Varga das Akkordlohnsystem. Den Arbeitern ist diese Notwendigkeit nicht einsichtig, eben wegen der Ideologie, die sie vertreten: sie wollen, so interpretiert Varga, bei gleichem Lohn weniger leisten und fordern deshalb den Zeitlohn. Arbeiterschaft und Diktatoren also tragen der herrschenden Ideologie jeweils auf ihre Weise Rechnung: letztere verlangen die Fortführung des alten Lohnsystems, weil es die Habgier zur höchsten Leistung zwingt, erstere seine Ersetzung, weil sie nicht verstehen, dass Akkord kein Zwang mehr ist, wo die "Gesamtheit der Arbeitenden" den Staat bildet.

"Die Abschaffung der Akkordarbeit und die Einführung des reinen Zeitlohns war eine althergebrachte, bereits ideologisch verknöcherte, im Kapitalismus begründete Forderung der Arbeiterschaft. Die remanente Kraft der Ideologie brachte es mit sich, dass diese Forderung auch gegenüber dem die Gesamtheit der Arbeitenden bildenden proletarischen Staat von den Arbeitern mit allem Nachdruck aufrechterhalten würde.(Dieser Satz von Varga hervorgehoben). Der Forderung musste daher zeitweilig nachgegeben werden." (S. 67)

Die Remanenz der kapitalistischen Ideologie kann nur überwunden werden, wenn der proletarische Staat die Arbeiter in seiner antikapitalistischen Agitation auf das richtige Objekt orientiert: weg vom proletarischen Arbeitgeber auf die kapitalistische Verfassung der eigenen Seele.



## **DAS DILEMMA DER KAPITALISTEN UND DIE PFLICHT DER SOZIALDEMOKRATEN**

„In den Fabriken bildeten sich Betriebsräte, welche die Löhne eigenmächtig festsetzten, die missliebigen Direktoren eigenmächtig aus den Betrieben entfernten, einzelne Betriebe 'sozialisierten', d. h. für das Eigentum der Arbeiter des Betriebes erklärten. Der Kapitalismus stand diesem Treiben ratlos gegenüber, weil er eben (im damaligen Ungarn, d. V.) keine bewaffnete Macht zur Ausübung der Klassenherrschaft und der Klassendisziplin hatte. Die Arbeitsleistung verringerte sich von Tag zu Tag, die ganze Produktion ging unaufhaltsam zugrunde. Dieser Zustand war es, welcher einige volkswirtschaftlich gebildete ungarische Sozialdemokraten ... zu der Überzeugung brachte, dass nur die Diktatur des Proletariats die Wiederherstellung der Produktion möglich mache. Es war offenkundig, dass eine Wiederherstellung geregelter Produktionsverhältnisse nur durch eine proletarische oder Bourgeoisdiktatur möglich war. Auf kapitalistischer Grundlage konnte die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin nur durch brutale Waffengewalt ... versucht werden. Die Wahl (!) war unter diesen Umständen nicht schwer...“ (S. 66/67)

Mit seiner Entscheidung für die Produktion auf sozialistischer Grundlage kritisiert Varga nicht die kapitalistischen Regeln der Produktion, sondern den Mangel an geregelter Produktion überhaupt. Er kritisiert speziell, dass die Kapitalisten „diesem Treiben“ der Arbeiter nicht Einhalt gebieten konnten. Varga wendet sich nicht dagegen, dass Produzenten produktionsmittellos sind; er wirft im Gegenteil den Kapitalisten vor, dass sie keine ausreichende Garantie für die dauerhafte Proletarisierung der Produzenten bieten. Die Wiederherstellung der Disziplin, der Entzug des Verfügungsrechts der Arbeiter über die Produktionsmittel wird – als Voraussetzung der Wiederherstellung geregelter Produktionsverhältnisse – zur revolutionären Aufgabe der Sozialdemokraten.

Wiederherstellung geregelter Produktionsverhältnisse heißt für Varga nicht in jeder Beziehung Wiederherstellung der alten Regeln. Dies scheint ihm unmöglich. Möglich und notwendig ist die "Organisierung einer proletarischen Gemeinwirtschaft", d. h. einer zentral geleiteten Wirtschaft.

"Die Erfahrungen der Kriegswirtschaft haben die Möglichkeit der Organisierung einer proletarischen Gemeinwirtschaft aus der nebellichten Ferne sozialer Utopien in greifbare Nähe gebracht. Mag auch die Zwangsorganisation der Kriegswirtschaft ein noch so verzerrtes Bild der kommunistischen Wirtschaft bieten, sie zeigte den Massen, dass eine zentral - organisierte Wirtschaftsleitung keine Utopie ist, sondern eine sich aus den Verhältnissen notwendig ergebende ... Aufgabe. Die Möglichkeit, eine proletarische Wirtschaft zu organisieren, durch Umstülpung der kapitalistischen kriegswirtschaftlichen Organisation in eine proletarische, scheint unmittelbar durchführbar zu sein." (S.15)

Den Massen mag sich die Möglichkeit einer zentral organisierten Wirtschaftsleitung gezeigt haben, ihr Interesse zeigt Varga selbst als auf andere Ziele gerichtet: Ihr "Treiben" bestand im Streben nach Eigentum an Produktionsmitteln. Varga sieht das Dilemma der Sozialdemokraten nicht hier, nicht in der Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, nicht in dem hier auftretenden Widerspruch der Sozialdemokraten zu den Produzenten, sondern nur dort, wo er auch allein das Dilemma der Kapitalisten sah: in der Unfähigkeit, ihren monopolistischen Produktionsmittelbesitz und ihr daraus entspringendes bestimmtes Produktionsorganisationsinteresse mit dem Konsuminteresse der Arbeiter zu vereinen.

Das Dilemma der Kapitalisten war dies: Um die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, musste "eine sprunghafte Erhöhung der Produktion solcher Güter, die dem Konsum der Arbeiter dienen" (S. 17) einsetzen; zu diesem Zweck müssten die Kapitalisten zunächst akkumulieren, also kurzfristig die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter verweigern.

"Aus diesem Dilemma gäbe es für den Kapitalismus nur einen Ausweg: das Proletariat bei voller Arbeitsleistung mindestens zur Vertagung seiner auf die Erhöhung der Lebenshaltung hinzielenden Forderungen zu bewegen. ... Die Ritter des Burgfriedens predigen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit dieser Lösung." (S. 18)

Auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten als Verwalter der proletarischen Diktatur wissen keinen andern Ausweg. Auch sie können dem Proletariat keine sofortige "reale Erhöhung" seines Standards bieten, im Gegenteil:

„ ... ein weiteres Sinken der Lebenshaltung des städtischen Proletariats (ist am Anfang der Diktatur des Proletariats, d. V . ) unvermeidlich.“ (S. 33)

Sie rechnen auf das Vertrauen der Arbeiter, auf deren Bereitschaft zur Vertagung der Forderungen bis die proletarische Diktatur die Arbeitsdisziplin wiederhergestellt habe.

Nach dem Sturz der proletarischen Diktatur stellt Varga verbittert fest:

„Die ungarischen Arbeiter ... forderten die sofortige Erhöhung ihrer Lebenshaltung, und weil dies unmöglich war, wendeten sie sich von dem Ideal der Proletarierherrschaft ab.“ (S. 42)

## **DAS IDEAL DER PROLETARIERHERRSCHAFT**

Die Wirtschaftsführer der proletarischen Diktatur versprechen sich ein Überwinden der Krise nicht dadurch, dass sie die Forderungen der Arbeiter nach Erhöhung ihrer Lebenshaltung erfüllen. Das Versagen vor diesen Forderungen war das Ende der Bourgeoisie. Für die Sozialdemokraten und Kommunisten soll es ein Anfang werden; sie hoffen, diejenigen zu sein, die die Arbeiter zur Vertagung ihrer Forderungen bewegen können. Als Garantie für die zukünftige Erfüllung der proletarischen Forderung nach Erhöhung des Lebensstandards nämlich bieten sie, was der Bourgeoisie fehlte: das Konzept eines prinzipiell überlegenen Wirtschaftssystems.

„Wir haben nachgewiesen, dass diese Steigerung der Produktion in dem vom Krieg zerrütteten Kapitalismus unmöglich ist. Es ist aber im Kapitalismus überhaupt unmöglich, die maximale Ergiebigkeit zu erlangen.“ (S. 20)

Im Hinweis auf diesen Mangel: eine ideal gesetzte „maximale Ergiebigkeit“ zu verfehlen, liegt der Kern der Kritik Vargas am "Kapitalismus überhaupt". Varga kritisiert nicht primär bestimmte kapitalistische (Produktions-)Verhältnisse. Sein Blick richtet sich auf den höchstmöglichen Output des idealen kapitalistischen Systems, diesen vergleicht er mit der „maximalen Ergiebigkeit“ seiner idealen proletarischen Wirtschaft (S. 30) , stellt die eindeutige Überlegenheit seines proletarischen Ideals fest und verwirft schließlich den Kapitalismus überhaupt. (In der Realität hat seine proletarische Diktatur auf die Forderungen und Aktivitäten der Arbeiter keine andere Antwort gewusst als der Kapitalismus auch: Aufforderung der Arbeiter zur Vertagung ihrer Forderungen im Namen der "Wiederherstellung der Wirtschaft" und damit der Arbeitsdisziplin.)

Ein wesentliches Hindernis für die maximale Ergiebigkeit ist die kapitalistische Anarchie, die z. B. eine „rationelle Menschenwirtschaft“ (S. 28) verhindert:

„Die am wenigsten beachtete, jedoch in ihren nachteiligen Folgen für die Ergiebigkeit der Arbeit wichtigste Art der Anarchie ist jene der Berufs- und Arbeitswahl. Die Berufswahl wird im Kapitalismus in erster Linie durch die Klassenlage der Eltern bestimmt. ... Die Auslese der Kulturträger der Techniker, Erfinder und Organisatoren erstreckt sich vielleicht auf 10 Prozent der jungen Generation.“ (S. 26)

Varga schildert eine äußerst planvolle Auslese, die die Bourgeoisie vornimmt, um die (für sie) besten Organisatoren an die entscheidenden Stellen zu bekommen.

Gleichwohl spricht er von Anarchie. Varga kritisiert, dass die Auslese, die die Bourgeoisie betreibt, nur innerhalb eines durch die Klassenverhältnisse eingegrenzten Potentials stattfindet. Er will die Menge, aus der im Sozialismus auszulesen sein wird, auf die gesamte junge Generation ausdehnen; er will die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass nur die Fähigsten die Spitze erreichen.

"Fachmänner entscheiden auf wissenschaftlicher Grundlage, zu welchem Beruf und zu welchen Arbeitsarten jeder am besten befähigt ist." (S. 32)

Die inhaltlichen Bestimmungen der Kriterien, nach denen Kulturträger und Organisatoren ausgelesen werden, reflektiert er ebenso wenig wie die Gesellschaftsstruktur, in der „Kulturträger“ und "Organisatoren" überhaupt "ausgelesen" werden, also eine besondere Schicht darstellen. So wie es für Varga das schlechthin effizienteste System gibt, gibt es die schlechthin besten Organisatoren usw. Da er sich nicht um die spezifische Art der Organisation kümmert, in der seine besser ausgelesenen Organisatoren tätig sein sollen, verlangt er auch nicht spezifische Eigenschaften vom Organisator. 7

Im Sozialismus werden die schlechthin Besten an der Spitze stehen:

„Die Anarchie der Berufs- und Arbeitswahl hört sukzessive auf. Die Auslese der Führenden, der Kulturträger erfolgt aus dem ganzen Nachwuchs, nicht nur aus der kleinen Schicht der Bourgeoissöhne.“ (S. 31)

Das neue sozialistische Ausleseprinzip kann erst langfristig wirksam werden. Vorläufig baut die Führung auf Steigerung der Ergiebigkeit durch wachsende Arbeitsintensität. Hierzu will Varga das Prestige des proletarischen Staates einsetzen:

"Hingegen wird das Bewusstsein, für die Allgemeinheit und daher für sich selbst zu schaffen, nicht für ausbeutende Kapitalisten zu schufteln, die Intensität der Arbeit erhöhen.“ (S. 32)

Dieses Bewusstsein ist allerdings erst das Ergebnis der geduldigen Aufklärung und Erziehung, für die dem proletarischen Staat vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Neben der „gut funktionierenden Kontrolle“ (S. 55) dienen Vorrechte wie z. B. das System der „Klassenpreise“ zur Bewusstseinsbildung der Arbeiter:

„Diese Maßregel hat in erster Linie ebenfalls nur einen politischen Zweck. Das Geldeinkommen der Arbeiter ist in der Diktatur infolge des Warenmangels im allgemeinen höher als die reale Lebenshaltung. Die Arbeiter könnten daher von ihrem Verdienst auch ohne Preisnachlass alle auf sie entfallenden rationierten Lebensmittel erkaufen. Aber es bestärkt den Arbeiter in dem ihm auferlegten Entbehrungen und Kämpfen, wenn er sieht, dass 'sein Staat' ihm den Reichen gegenüber einen Vorteil gewährt.“ (S. 112/113)

Da also die Lebensmittel rationiert sind, können die Arbeiter ohnehin nur eine festgelegte Menge kaufen. Das Geld, das sie aufgrund der günstigen Klassenpreise übrighaben, ist faktisch wertlos. Es ist also ein inflationistischer Vorteil, den "sein Staat" dem Arbeiter „den Reichen gegenüber“ gewährt.

Ein wesentliches Mittel zur Steigerung der Konsumgüterproduktion soll langfristig die Änderung des Produktionsprogramms zugunsten der „Artikel des Massenkonsums“ sein. („... Anpassung der Produktion an die neue Verteilung des Einkommens“, S. 39).

Das setzt voraus, dass eine neue Verteilung des Einkommens tatsächlich vorliegt. Da der proletarische Staat Spezialisten ebenso gut bezahlen muss wie vorher die Kapitalisten („solange die egoistisch - habgierige Seelenverfassung besteht“, S. 45), ist die Produktion auch dieser Einkommensverteilung - nach Vargas Schluss - angepasst.

Im übrigen sieht die Formulierung: „Anpassung der Produktion an die neue Verteilung des Einkommens“ von der Art der Anpassung ab. Varga geht darauf erst im Zusammenhang mit dem Außenhandel des proletarischen Staates ein:

"Dem Proletarierstaat hingegen wird die ganz neuartige Aufgabe zufallen, Nützlichkeiten quantitativ zu vergleichen ... Während im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Beurteilung der Nützlichkeit eines Gutes Privatsache der einzelnen Käufer ist und diese Beurteilung sich anarchisch, in verdinglichter Form, in der Gestaltung der Marktpreise,

durchsetzt, wird es im Proletarierstaat bewusste Funktion der wirtschaftlichen Leitung.“ (S. 131)

Die Beurteilung der (objektiven) Nützlichkeit der verschiedenen Güter wird zur Aufgabe der Leitung, die subjektive Beurteilung der Produzenten als Käufer wird nicht nur in einer bestimmten Form, sondern überhaupt überflüssig.

Die Organisationsformen, mit denen der proletarische Staat die „maximale Ergiebigkeit“ erzielen will, sieht Varga bereits im modernen Finanzkapitalismus vorgebildet. Die Ebene, auf der der kapitalistische Trust eventuell modifiziert wird, ist für die Arbeiter von keiner unmittelbaren Bedeutung. Ihre Unterordnung wird vorausgesetzt:

„Der Mangel an geeigneten Leuten brachte es mit sich, dass die Arbeiter der Betriebe selbst die geeigneten Personen in Vorschlag brachten. Dieses Verfahren tat aber der Autorität der Kommissäre Abbruch.“ (S. 48)

Vargas schwierigstes Problem: "was zentral organisiert werden soll und was der lokalen Initiative überlassen bleiben soll" (S. 52), berührt die Kompetenzen von Betriebsleitung und zentraler Leitung - die beide unabhängig von den Arbeitern selbst funktionieren sollen.

## **DIE ARMEN BAUERN**

Mit der Parole "Das Land den Bauern" war in Russland das Bündnis zwischen Proletariat und Bauern gesichert. Die Bauern hatten ein unmittelbares Interesse, die Gutsbesitzer zu verjagen.

In Ungarn wurde Groß- und Mittelbesitz (ca. 50 % der Gesamtfläche, (S. 86)) enteignet, d. h. die landwirtschaftlichen Betriebe „wurden nunmehr auf Rechnung des Staates“ (S. 87) geleitet. Für die Landarbeiter hatte sich kaum etwas geändert, sie besaßen „von der Enteignung oft keine klare Kenntnis“ (S. 87). Das Landproletariat hatte also kein Interesse daran, irgendwelche Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Mehr noch als die Industriearbeiter sind die Landarbeiter für Varga nur "rohes, unvorbereitetes Menschenmaterial", mit dem „sehr vorsichtig umgegangen werden musste, wollte man das Ergebnis der Landwirtschaft nicht gefährden.“ (S. 88)

Der "Rückständigkeit" der Landarbeiter trug Varga dadurch Rechnung, dass die enteigneten Großgüter nicht offen für Staatseigentum erklärt wurden:

"Auf diese Weise war die Möglichkeit gegeben, für die Arbeitsdisziplin und Arbeitsintensität damit zu agitieren, dass der Reinertrag des Gutes den Arbeitern selbst gehört. ... Es bestand die Absicht, nach genügender vorheriger Aufklärung die enteigneten Großgüter offen als Staatseigentum, die Arbeiter als Angestellte des Staates zu erklären, ebenso wie die industriellen Arbeiter." (S. 88/89)

Die Landarbeiter (ebenso wie die industriellen Arbeiter) erlangten in der Revolution nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Die ungarischen Kleinbauern hatten ihr Land im Gegensatz zu der Masse der russischen unabhängig von der Enteignung der Großgüter bereits vor der Revolution in Besitz. Das Interesse der Kleinbauern richtete sich gegen den proletarischen Staat, den sie als zukünftigen Enteigner bekämpften. Der proletarische Staat enteignete die Kleinbauern (noch) nicht ("Millionen eigentumsfanatischer Kleinbauern dürfen nicht zu aktiven politischen Gegnern gemacht werden"(S. 85) ); er vertraut auf die Dummheit der armen Bauern und erwägt:

„... der gangbarste und billigste Weg, den Bauern die Lebensmittel für Papiergeld abzukaufen. Ist dies angängig, so kann man bei der Feststellung des Preises den Forderungen der Bauern entgegenkommen. Die Löhne der Industriearbeiter und auch die Preise der an die Bauern aus den staatlichen Betrieben gelieferten Gütern müssen entsprechend erhöht werden. Für den Proletarierstaat ist dies bloß eine Rechenfrage. Leider war dieser Weg für die ungarische Räterepublik nicht gangbar.“ (S. 95/96)

Die Bauern verweigern aus "konservativem Geist" das neue Geld des proletarischen Staates, das ihnen nicht mehr bringt, als den Arbeitern die Klassenpreise. Der bereits vor der proletarischen Diktatur begonnene Naturaltausch zwischen Stadt und Land wächst, die Bauern nutzen die Notlage der Stadt nach Vargas Darstellung rücksichtslos aus.

Die proletarische Staatsmacht ist zur Intervention nicht fähig, denn sie hat keinen Rückhalt in der ungarischen Gesellschaft: Weder die produktionsmittellosen Landarbeiter noch die Industriearbeiter haben ein Interesse an der Stützung der proletarischen Diktatur.

„Die Gefahr für den Bestand des Proletarierregimes besteht weniger in dem aktiven ... Widerstand der depossedierten [1] herrschenden Klassen, als in dem passiven Widerstand weiter Schichten des Proletariats selbst.“ (S. 8/9)

## **Anmerkungen**

[1] Depossedierung (von frz. *déposséder*: aus dem Besitz vertreiben, entthronen) bedeutet im weiteren Sinne den Verlust des Throns, ist also ein Äquivalent zu „Absetzung“.

**Anm. 1)** Béla Szanto, Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn, Westeuropäisches Sekretariat der Komintern, 1920, S. 55/56

**Anm. 2)** a. a. O., S. 61/62

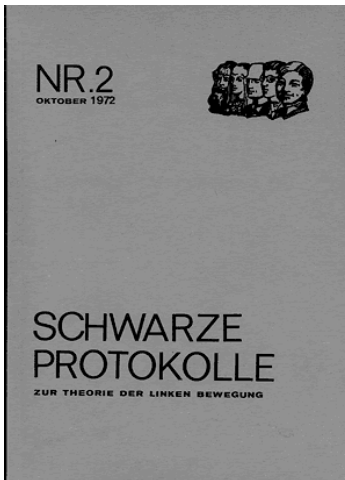
**Anm. 3)** a.a.O., S. 53/54

**Anm. 4)** a.a.O., S. 54

**Anm. 5)** R. L. Tökés: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic, Stanford University, California, 1967, S. 204

**Anm. 6)** Diese biographischen Angaben haben wir E. Altwater, Einleitung zu „Eugen Varga: Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen“, Frankfurt 1969 und den Anmerkungen zu "Der russische Weg zum Sozialismus" in Kursbuch 23, Berlin 1971, entnommen. Altwater widersprechende Angaben macht Tökés; er berichtet, Varga sei schon vor Beginn der Räterepublik der KP Ungarns beigetreten. (S. 109)

**Anm. 7)** An anderer Stelle (S. 45) geht Varga auf die Verschiedenheit der Funktionen eines kapitalistischen und eines proletarischen Betriebsleiters ein; die Differenz ergibt sich wesentlich daraus, dass dem proletarischen Leiter die Zentrale einige Aufgaben abnimmt. Der proletarische Betriebsleiter soll sich vor allem der „disziplinarischen Leitung“ widmen.



**Aus**

**1. Oktober 1972**

<http://www.archivtiger.de/downloads/schwarzeprotokolle/sp2.pdf>



**Neue Rechtschreibung von ASF**

Eugen Varga

[http://de.wikipedia.org/wiki/Eugen\\_Varga](http://de.wikipedia.org/wiki/Eugen_Varga)

Föderative Ungarische Sozialistische Räterepublik

[http://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%B6derative\\_Ungarische\\_Sozialistische\\_R%C3%A4terepublik](http://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%B6derative_Ungarische_Sozialistische_R%C3%A4terepublik)

***„Uns aus dem Elend zu erlösen,  
können Wir nur selbst tun!“***

Dieser unmissverständliche Satz aus der „**Internationalen**“ ist die Richtschnur der Arbeit von [www.anarchosyndikalismus.de.vu](http://www.anarchosyndikalismus.de.vu) & <http://syndikalismus.wordpress.com>

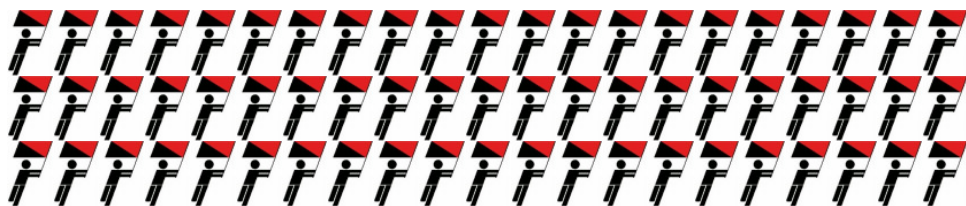
Wir informieren und berichten auf unseren Webseiten aus einem anarchosyndikalistischen Selbstverständnis heraus über alles von Interesse, um dazu beizutragen *uns aus dem Elend zu erlösen*. Als ArbeiterInnen, Prekäre und Erwerbslose begegnen wir täglich Ungerechtigkeiten und Elend in vielfältigen Formen und Facetten. Sei es der Kapitalismus, die Herrschaft, der Staat, das Militär, die Religion, der Nationalismus, Rassismus und Sexismus – dies alles hindert uns an einem selbstbestimmten und würdevollen Leben.

Neben der aktuellen Berichterstattung und eigenen Veröffentlichungen wollen wir möglichst umfassend über die aktuelle anarchosyndikalistische und revolutionär-syndikalistische Bewegung rund um den Globus informieren, sowie ihre Traditionen und Geschichten darstellen. Dabei grenzen wir uns von dogmatischen Positionen ebenso ab, wie von denjenigen Libertären, die den Anarchismus als Moderscheinung behandeln und die Notwendigkeit des Klassenkampfes verleugnen.

Wenn durch unsere Webseiten Menschen mit den praktischen Vorstellungen und Ideen des Anarchosyndikalismus in Berührung kommen und sich mit ihm als Alternative zur bestehenden ungerechten kapitalistischen Gesellschaft befassen, ist das Ziel dieser Webseite erreicht. Alles andere wird und kann nur die Praxis im Klassenkampf erbringen, bis zur Vollendung der weltweiten Sozialen Revolution.

**Für ein selbstbestimmtes Leben & Arbeiten – 24 Stunden am Tag!**

***Anarchosyndikalistischen  
Flugschriftenreihe***



**Über dreihundert Hefte direkt zum herunterladen**

> > > > <http://klassenkampf.uuuq.com/asf.htm> < < < <



**Reiche Erkenntnis & viel Freude beim Lesen.**